

## **Fördern und fordern! - 12 Maßnahmen für eine verbindliche Integration an Wiens Schulen und Kindergärten**

Wien ist eine wachsende Millionenstadt – was überwiegend auf Zuwanderung zurückzuführen ist. Als weltoffene Metropole heißen wir Menschen willkommen, die bei uns leben, arbeiten und einen Beitrag zum gesellschaftlichen Vorankommen leisten wollen. Denn Migration ist ein Mehrwert für Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Gesellschaft. Dennoch bringt Zuwanderung auch Herausforderungen mit sich, die es zu benennen gilt. Eine der großen Herausforderungen ist die gelungene Integration zugewanderter Menschen.

Das Bildungssystem spielt eine Schlüsselrolle für gelungene Integration. Die Förderung und Integration von Kindern, gleich welchen Hintergrund sie haben, muss so früh als möglich beginnen, damit ein selbstbestimmtes, erfolgreiches und gutes Leben glücken kann.

Fakt ist, dass Integration, gerade auch in diesem wichtigen Querschnitt in Wien, in den letzten Jahrzehnten massiv vernachlässigt wurde. Herausforderungen und Probleme wurden und werden von politisch linker Seite negiert und liegen gelassen, während sie rechte Parteien zum Aufschwung und Gedeihen verhelfen. Es ist das Geschäftsmodell rechter Parteien, Probleme im Integrationsbereich groß aufzubauschen, jegliche Lösung zu verhindern und mit Angst und Hetze die Gesellschaft zu spalten und Wählerstimmen zu machen.

Angesichts der Tatsachen, dass etwa die Deutsch-Defizite bei Schüler:innen in Wien nach wie vor hoch sind oder problematische Milieus hohen Einfluss auf Kinder & Jugendliche gewinnen und dennoch bislang kaum Maßnahmen gesetzt wurden, gibt es dringenden Handlungsbedarf. Dafür ist es notwendig, Herausforderungen nicht nur wahrzunehmen, sondern diese auch anzupacken. Naivität hilft beim Thema Integration genauso wenig wie das Schüren von Ängsten und Vorurteilen.

Das ist und war schon immer der NEOS-Zugang zu politischen Themen: genau Hinschauen und Lösungswege erarbeiten - ohne ideologische Scheuklappen, dafür mit Mut und einem ehrlichen sowie evidenzbasierten Willen zur Veränderung zum Besseren.

Aus Sicht von NEOS Wien bedarf es für den Querschnitt von Bildung und Integration die aktive Teilnahme aller Beteiligten: von Pädagog:innen über Eltern bis zu den Schüler:innen selbst. Dafür sind mutige, sachliche und verbindliche Lösungen nötig, welche die Herausforderungen im Integrations- und Schulbereich anpacken und Kindern den Stellenwert geben, den sie verdienen: den allerhöchsten.

Dafür ist es notwendig, Angebote zu machen, wovon es in Wien schon eine Fülle gibt. Es ist aber auch notwendig, diese Angebote mit Verbindlichkeiten zu versehen. Wir fördern. Wir fordern aber auch ein.

Mit diesem 12 Punkte Plan gelingt eine umfassende Aktivierung im Bildungsbereich:

### 1. Deutsch von Anfang an

Über die Hälfte aller Schüler:innen Wiens spricht im Alltag eine andere Sprache als Deutsch. Umso wichtiger ist es, **das kostenlose zweite verpflichtende Kindergartenjahr** einzuführen, damit so früh als möglich Sprachförderung betrieben werden kann.

2. Mehr **Sprachförderkräfte** und bei Bedarf zusätzliche muttersprachliche Begleitung im Kindergarten.

Mehrsprachig aufzuwachsen bedeutet, eine wertvolle Ressource zu besitzen, die viele Vorteile mit sich bringt. Gleichzeitig muss dafür gesorgt werden, dass Kinder mit einer anderen Muttersprache als Deutsch dieselben Chancen erhalten und haben, wie jene mit deutscher Erstsprache. Deshalb ist der Ausbau solcher Fachkräfte sowie bestehender Pilotprojekte, wie es in Wien bereits passiert, voranzutreiben.

3. **Verschränktes Deutschlernen** von Kindern & ihren Eltern fördern:

Bei Sprachdefiziten ist das gemeinsame, verschränkte und niederschwellige Deutschlernen vor Ort, vor allem in Bildungseinrichtungen, verstärkt zu fördern und möglich zu machen.

Positive Effekte sind dabei das gegenseitige Bestärken und Leben positiver Vorbilder in der Eltern – Kind – Beziehung. Eltern und Kinder lernen voneinander und miteinander und erleben die eigene Teilnahme am Kurs / Angebot auch als Stütze für den jeweils anderen.

#### **4. Verpflichtende Sommerdeutschkurse** vor Beginn des neuen Schuljahres für alle Schüler:innen mit Deutschdefiziten (außerordentlicher Status)

Wir setzen uns dafür ein, dass Sommerdeutschkurse im Bedarfsfall verpflichtend werden, denn nur mit verbindlichen Angeboten ist gewährleistet, dass Sprachdefizite und Lernrückstände aufgeholt werden können. Ein Aufstieg für außerordentliche Schüler:innen kann in einem solchen Fall nur bei Absolvierung eines Sommerdeutschkurses, so wie sie derzeit als Angebot in der Stadt Wien bereits bestehen, möglich sein. Wir fordern den Bund daher auf, eine entsprechende Rechtsgrundlage für diese Möglichkeit der Verpflichtung zu schaffen.

**5.** Wir werden **Interkulturalität** in Schulen stärker in den Fokus rücken: z.B. durch Projektwochen der „Tage der Vielfalt“. Wien ist Heimat vieler verschiedener Kulturen, Ethnien und Religionen – nur wenn Kinder diese von klein auf kennen und schätzen lernen, kann ein gutes und gemeinsames Miteinander funktionieren.

#### **6. Verbindliche Elternarbeit mit Unterstützungsangeboten und Sanktionsmöglichkeiten:**

Ganz gleich ob Migrationsbiografie vorhanden ist oder nicht: Eltern prägen die schulische Laufbahn im höchsten Grade mit. Elternarbeit stellt damit einen wichtigen Beitrag für die Bildungslaufbahn eines Kindes dar. Ohne Eltern geht es nicht!

Wir sehen Elternarbeit als das, was der pädagogischen Arbeit und damit der bestmöglichen Förderung des Kindes dient: der Teilnahme an Elternabenden, Sprechtagen und persönlichen Gesprächen, bei Bedarf Terminen und Maßnahmen der Schulsozialarbeit; kurzum alles, was der positiven Entwicklung des Kindes dient und Eltern aktiv in das Schulgeschehen einbindet. Daher sind folgende Punkte notwendig:

- **Förderung der Elternarbeit** etwa mit Angeboten des Dolmetschens bei Elternsprechtagen, mehrsprachige Elternabende und mehrsprachige Informationen oder etwa Eltern–Lehrer–Cafés zum gegenseitigen Kennen -/ und Verstehen lernen oder andere Mitteln zur Schaffung ausreichender Möglichkeiten, damit Eltern und Erziehungsberechtigte am Schulleben ihrer Kinder teilhaben können.
- In Wien hat rund die Hälfte der Kinder unter 15 Jahren einen Elternteil, der keine eigenen Erfahrungen mit dem österreichischen Schulsystem gemacht hat. Deshalb ist eine entsprechende **Förderung der Elternbildung** ein ebenso wichtiger Grundstein, den wir umsetzen, um Barrieren im Bildungssystem zu beseitigen.
- In Folge setzen wir uns für **verpflichtende Elternarbeit** bei Nicht–Erscheinen von Eltern bei Elternabenden oder Eltern–Lehrer–Gesprächen (z.B. auch telefonisch) ein.

Die **Konsequenz bei Nichtbeachtung** sieht ein **zweistufiges System der Eskalation** vor, welches sich selbstverständlich an alle Eltern, unabhängig vom Background, richtet: Im ersten Schritt erfolgt die **aufsuchende Elternarbeit (1)**.

Schulsozialarbeiter:innen besuchen bei der aufsuchenden Elternarbeit die betroffene Familie zuhause (oder in einem anderen vertraulichen Rahmen) und betreiben im persönlichen und niederschweligen Familienverband Sozialarbeit, indem sie „Schule nach Hause bringen“. Dabei werden persönliche Gespräche zur weiteren Entwicklung des Kindes geführt, beraten, informiert und Hilfestellungen gegeben. Keinesfalls soll es um Kontrolle, sondern vielmehr um bestmögliche Unterstützung für das Kind und die Familie gehen.

Sollte auch die aufsuchende Elternarbeit abgelehnt und nicht in Anspruch genommen werden, ist im **zweiten und finalen Schritt** eine **Verwaltungsstrafe (2)** als Maßnahme für den Entzug von der Partizipation an der Elternarbeit vorzusehen.

Wir fordern von der Bundesebene, dass eine entsprechende Rechtsgrundlage für die Länder geschaffen wird, eine solche Verwaltungsstrafe einheben zu können.

**7. Wir fordern verpflichtende Lehrer:innenfortbildungen** zu Themen der Interkulturalität, Diversität, Antirassismus, Antisexismus, Bekämpfung von Antisemitismus und Homophobie sowie anderer Formen der Diskriminierung vor allem an jenen Standorten, an denen Abwertungen von Schüler:innen gegenüber Mitschüler:innen in besonderem Ausmaß vorkommen.

Kinder und Jugendliche machen auch in der Schule leider noch immer Erfahrungen der Ausgrenzung, z.B. aufgrund der ethnischen Herkunft, ihrer Religion oder Hautfarbe. Schulen stehen in der Verantwortung, sich aktiv für die Beseitigung von Diskriminierung einzusetzen und eine diskriminierungsfreie Bildung für alle Schüler:innen zu ermöglichen.

Gerade Rassismus zeigt sich etwa in unbewussten Handlungen. Nur wenn Pädagog:innen, einerseits auf eine ausgrenzungsfreie und respektvolle Umgebung und andererseits auf eigene vorhandene unbewusste Vorurteile, sensibilisiert und geschult sind, kann Diskriminierung bekämpft werden.

## **8. Chancenindex**

Wir fordern, dass der bundesweite Chancenindex endlich umgesetzt wird, der jenen Schulen mehr Budgetmittel zur Verfügung stellt, die größere Herausforderungen haben. Mit der indexbasierten Finanzierung erreichen wir soziale Durchmischung an den Schulen und schaffen Chancengerechtigkeit für alle Schulstandorte.

## **9. Stärkung der Schulsozialarbeit**

Mit den bereitgestellten Budgetmitteln soll insbesondere auch die Schulsozialarbeit zur Entlastung von Pädagog:innen und anderen Fachkräften gestärkt werden, vor allem an jenen Standorten, die besonders von Herausforderungen betroffen sind. Zahlreiche Problemstellungen von Lehrer:innen, Schüler:innen wie auch Eltern benötigen rasche Hilfestellungen, die das schulische, familiäre und private Umfeld mitdenken und ggf. externe Unterstützungssysteme heranziehen.

## 10. Verpflichtender Ethikunterricht für alle

Ein gemeinsamer Ethikunterricht erfüllt wichtige Dialog- und Integrationsaufgaben. Für eine freie, demokratische und liberale Gesellschaft ist es essenziell, wenn alle Jugendlichen und nicht nur jene, die sich vom Religionsunterricht abmelden, in der Schule mit Fragen von Ethik und Moral konfrontiert werden.

Gleichzeitig sehen wir es in einer Stadt, die Heimat zahlreicher Menschen ganz unterschiedlicher Backgrounds ist, als wichtig an, auch in der Schule über eine gemeinsame Wertebasis in einer offenen, liberalen Demokratie zu sprechen und bereits früh ein Verständnis über diese zu vermitteln. Nur wenn wir uns bewusst sind, dass ein friedliches Zusammenleben ein gemeinsames Verständnis über unsere demokratischen Spielregeln beinhaltet – und zwar unabhängig davon welchen Hintergrund jede:r Einzelne hat – kann Integration funktionieren.

Deshalb fordern wir, dass der gemeinsame Ethikunterricht so früh als möglich in der Schule eingeführt wird und ggf. mit Projekttagen oder -wochen als spielerischem-pädagogischem Ansatz zusätzlich ergänzt wird.

**11. Wir setzen auf den Ausbau einer nachhaltigen, wertebasierten Schulentwicklungsarbeit**, wie etwa jener des Wiener Bildungsversprechens oder „Respekt: Gemeinsam stärker“

Nicht nur Eltern, sondern vor allem auch Mitschüler:innen prägen schulische Bildungsbiographien. Diesen Einfluss wollen wir positiv nutzen, zum Beispiel durch Etablierung von Schüler:innen als „Wertebotschafter:innen“, die sich durch diesen Peer - to - Peer Ansatz für ein respektvolles, verantwortungsvolles Miteinander in Schule und Gesellschaft engagieren und andere Jugendliche animieren.

## 12. Radikalisierung unterbinden

Wir beobachten, dass die Bedeutung von Identität als Abgrenzung zu anderen in der Gesellschaft immer größer wird. Durch die (Online-)Präsenz prominenter radikalierter Akteur:innen und der damit verbundenen problematischen abwertenden Einstellung unserer offenen, liberalen Gesellschaft gegenüber (in Form von frauenfeindlichen, LGBTIQ-feindlichen oder antisemitischen Ansichten) wird der Gefahr der Radikalisierung gerade für junge Menschen auch noch Antrieb gegeben.

Wir betrachten mit Sorge, dass Radikalisierungsprozesse auch immer öfter durch den Import von innenpolitischen Konfliktthemen der ursprünglichen Herkunftsländer (der Eltern) befeuert werden. Noch besorgniserregender ist es, wenn terroristische Organisationen, wie etwa Hamas und Hisbollah, und ihre grausamen Handlungen auf Wiens Straßen gehuldigt und bejubelt werden. Alle, die in Österreich leben, müssen sich zum Völkerrecht und zu den Menschenrechten bekennen und wir dürfen das Abfeiern oder Glorifizieren von Angriffen auf unschuldige Zivilist:innen nie tolerieren.

Wir verschließen daher nicht die Augen vor der Gefahr extremistischer Tendenzen, ganz gleich aus welcher Richtung diese kommen mögen und geben der Wichtigkeit von Extremismusprävention einen hohen Stellenwert. Denn gerade Jugendliche sind in besonderem Maße anfällig für die Vereinnahmung durch radikale, extremistische Ideologien, die für sie oft identitätsstiftend sind. Hier muss früh angesetzt und präventiv für Aufklärung, Beratung und Hilfe gesorgt werden. Dies gelingt uns etwa mit Programmen wie „Wir alle sind Wien“.